

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 40 (2013)
Heft: 5

Artikel: Klare Haltung zur Wehrpflicht
Autor: Müller, Jürg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-911105>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Klare Haltung zur Wehrpflicht

Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) hat mit ihrem Anliegen eines freiwilligen Militärdienstes am 22. September an der Urne deutlich Schiffbruch erlitten.

Von Jürg Müller

Zu teuer und zu gross: Mit diesen Argumenten zog die GSoA in den Abstimmungskampf für die Aufhebung der Wehrpflicht. Das Resultat fiel mit einem Neinstimmen-Anteil von über 73 Prozent unmissverständlich klar aus. Dies obschon vereinzelt auch bürgerlich-liberale Exponenten Verständnis für das Anliegen zeigten: Der Freiburger Wirtschaftspräsident Reiner Eichenberger zum Beispiel sagt, die allgemeine Wehrpflicht werde militärisch und wirtschaftlich immer unsinniger, da die Armee ihre Bestände in den letzten Jahren stark reduziert habe; zudem sei die Freiwilligenmiliz eine «urliberale Idee».

Bei den Auslandschweizern lag der Neinstimmen-Anteil gut 9 % tiefer als im Schweizer Durchschnitt. Dies zeigen die Auswertungen aus jenen neun Kantonen, welche die Stimmen aus dem Ausland separat ausweisen.

Die Gegner der Volksinitiative kämpften vor allem mit dem Argument, mit der Aufhebung der Wehrpflicht stehe die Sicherheit des

Landes auf dem Spiel. Auch bei Natur- und Zivilisationskatastrophen sei ein rascher Einsatz einer grossen Zahl von Soldaten entscheidend. Zudem sei das Milizprinzip in der Schweiz in allen Gesellschaftsbereichen tief verankert. Die Wehrpflicht erlaube es, das grosse Reservoir der zivilen Fähigkeiten der Armeegehörigen optimal zu nutzen.

Bemerkenswert ist, dass der Abstimmungskampf sehr flau verlief. Ganz offensichtlich ist der Blick auf die Armee nüchterner geworden. Auch wenn Armeefragen nicht mehr wie früher stark emotional angegangen werden, zeigt das Abstimmungsergebnis, dass Militär, Wehrpflicht und Milizgedanke in der Schweiz immer noch stark verankert sind. Zudem steht sich die «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» gewissermassen selbst vor der Sonne: Sie wird mit ihrem programmatischen Namen auch von vielen, die einzelne ihrer Anliegen teilen, nicht als glaubwürdige sicherheitspolitische Organisation wahrgenommen.

Und vor allem hat ein Argument für die allgemeine Wehrpflicht auch bei vielen Linken verfangen: dass eine Freiwilligenarmee zu attraktiv für Abenteuerer, Rambos und Rechts-extreme werden könnte.

Ja zu Epidemienengesetz und Tankstellenshops

Mit 60 Prozent Ja haben die Stimmenden dem neuen Epidemienengesetz zugestimmt. Es regelt die Zuständigkeiten von Bund und Kantonen klarer und bietet einen besseren Schutz vor übertragbaren Krankheiten. Impfkritische Kreise haben das Referendum dagegen ergriffen. Mit ihrem Referendum gescheitert sind auch die Gegner einer Liberalisierung der Öffnungszeiten bei Tankstellenshops. Mit knapp 56 Prozent Ja ist das Arbeitsgesetz entsprechend geändert worden. Damit dürfen Tankstellenshops an Autobahnen künftig das gesamte Sortiment während der ganzen Nacht anbieten.

WEITERE ABSTIMMUNGSVORLAGEN VOM 24. NOVEMBER 2013

Familien entlasten

«Familie» hat einen guten Klang. Die Keimzelle der Gesellschaft gilt als häufig gefährdeter, immer aber schutzwürdiger Hort der Geborgenheit und der Harmonie. Kein Wunder, dass sich auch die Politik der Familie annimmt, gegenwärtig besonders intensiv. Zwar scheiterte ein Familienartikel, der die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern sollte, im März dieses Jahres am Ständemehr. Doch nun rollt eine wahre Lawine von Familieninitiativen verschiedener Parteien auf das Stimmvolk zu: Als erste kommt am 24. November die Familieninitiative der Schweizerischen Volkspartei (SVP) an die Urne.

Von familiärer Harmonie ist auf politischer Ebene derzeit nicht viel zu spüren. Hier geht es meist um harte Auseinandersetzungen über sehr unterschiedliche gesellschaftspolitische Vorstellungen: Wie viel Selbstverantwortung und wie viel Staat ist bei der Kinderbetreuung richtig? Wer soll in erster Linie von Krippenplätzen profitieren? Darf die Politik direkt oder indirekt die Berufstätigkeit von Frauen fördern?

Diese Fragen stehen auch im Zentrum der SVP-Initiative mit dem Titel «Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen». In der Verfassung soll verankert werden, dass selbstbetreuende Eltern mindestens einen gleich hohen Steuerabzug machen können wie Eltern, die ihre Kinder in eine externe Institution geben. Seit 2011 können die Kosten für Fremdbetreuung bei den Steuern abgezogen werden. Die SVP will nun eine steuer-

liche Entlastung für alle Familien mit Kindern, keine Diskriminierung von Familien, die ihre Kinder selber betreuen, sowie echte Wahlfreiheit und Selbstbestimmung von Familien bei der Kindererziehung.

Die Gegner der Initiative finden, damit werde das Prinzip der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verletzt, weil Haushalte schlechter gestellt würden, die die Kinder ausser Haus betreuen lassen – oft müssen. Das Modell der SVP fördere via Steuerrecht traditionelle Familienmodelle: Der Vater arbeitet, die Mutter ist zu Hause. Zudem sind massive Steuerzufälle zu befürchten.

Teurere Autobahnvignette

Weiter wird am 24. November über die Erhöhung der Autobahnvignette von 40 auf 100 Franken abgestimmt. Ein rechtsbürgerliches Komitee hat gegen den Bundesbeschluss das Referendum ergriffen, weil es sich gegen «immer mehr Abgaben, Gebühren und Steuern auf dem Buckel des Privatverkehrs» wehrt. Auch der linke Verkehrsclub der Schweiz (VCS) ist gegen die Erhöhung: Das zusätzliche Geld werde nur für den Bau neuer Nationalstrassen eingesetzt, das sei gegen das Ziel einer umweltgerechten Mobilität. Bundesrat und Parlament begründen die Erhöhung mit dem Mittelbedarf für Betrieb, Unterhalt und Ausbau des Nationalstrassennetzes. Der Vignettenpreis ist immer noch gleich hoch wie vor 20 Jahren, er wurde nie der Teuerung angepasst.